

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Anzeigen, Inserate und Geschäftsstellen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. Uhr. Einzelnummern des Bezugspreises. — Rücksendung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wichtigpreis: die 8seitige Nummer 20 Pf., die 4seitige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3seitige Werksampele im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 50 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Montag, den 29. Februar 1932

Vorbereitungen zur Präsidentenwahl

Der Wahlkampf beginnt.

Anordnungen des Reichsinnenministers für Länder und Gemeinden.

Reichsinnenminister Dr. Groener hat zur Durchführung der Neuwahl des Reichspräsidenten ein Rundschreiben an die Landesregierungen gerichtet, in dem die für die Wahl in Frage kommenden Geseßbestimmungen noch einmal zusammengestellt sind. Ferner hat Dr. Groener Anordnungen über die Stimmzettel getroffen. Das schon bei der Präsidentenwahl 1925 angewandte einheitliche Stimmzettelmuster, das sich nach Ansicht der amtlichen Stellen durchaus bewährt hat, wird auch diesmal wieder benutzt.

Die Stimmzettel müssen alle zugelassenen Wahlvorschläge mit Vor- und Zunamen, Stand oder Beruf und Wohnort des Anwärters enthalten. Daran schließt sich ein freies Feld, in das der Stimmberechtigte einen anderen Anwärter eintragen kann, wenn er keinem der vorgeschlagenen Kandidaten seine Stimme geben will.

Der Innenminister hat ferner besondere Anordnungen getroffen, durch die er eine möglichst gleichmäßige Berücksichtigung mittlerer und kleinerer Druckerien herbeiführen will. Da in verschiedenen Ländern — u. a. Preußen, Bayern, Württemberg — in den nächsten Monaten auch Landtagswahlen stattfinden, sollen die Druckereien möglichst gleichmäßig beschäftigt werden.

Bei ländlichen Gemeinden soll die Zahl der Stimmzettel annähernd der Zahl der Wahlberechtigten entsprechen, mit einem Zuschlag von etwa 5 Prozent. In 30 städtischen Gemeinden mit lebhaftem Fremdenverkehr soll ein entsprechend höherer Zuschlag für Stimmzettel vorgesehen werden. Bei der

Wiederverwendung von Stimmzettel und Stimmkarten, die zuletzt bei einem Volksentscheid benutzt wurden, soll dafür gesorgt werden, daß aus ihnen die Beteiligung am Volksentscheid nicht mehr erkennbar ist.

Besondere Vorschriften betreffen etwaige Verstöße gegen die Wahlbestimmungen, weil bei den letzten Reichstagswahlen zahlreiche Einprüche erhoben worden sind.

Regliche politische Propaganda im Abstimmungsraum ist unzulässig, also auch Plakate oder Aufrufe politischen Inhalts.

Die Wahlleiter sollen unter Berücksichtigung der verschiedenen im Stimmbezirk vertretenen Parteien berufen werden. Die Zulassung von Vertrauenspersonen darf nicht zu Mißbräuchen führen. Das gleichzeitige Vertreten der Abstimmungsstellen durch mehrere Stimmberechtigte ist auf alle Fälle unzulässig, auch nicht, wenn es sich um nahe Verwandte handelt.

Die Abstimmungszeit ist dahin geregelt worden, daß sie mindestens sechs Stunden umfassen muß. Sie darf nicht später als 11 Uhr vormittags beginnen und nicht vor 4 Uhr nachmittags schließen.

Der Rest der Vorschriften regelt die Neubildung der Abstimmungsergebnisse an den Reichswahlleitern, Prof. Wagemann, den Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, sowie die Erstellung der Listen, von denen die Gemeinden ein Fünftel, das Reich durchschnittlich vier Fünftel zu tragen haben.

Wahlvorbereitungen in Preußen.

Konferenz der preussischen Ober- und Regierungspräsidenten. Im preussischen Innenministerium fand eine Konferenz der preussischen Ober- und Regierungspräsidenten unter der Leitung des Innenministers Severing statt. Neben den höheren Beamten des Innenministeriums nahmen auch Ministerpräsident Braun und die Minister Zieger und Grimme daran teil. Die Beratungen wurden von Minister Severing eröffnet, der seine Ausführungen wie folgt einleitete: Mit Befriedigung kann ich feststellen, daß der Winter bis jetzt ohne wesentliche Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit verlaufen ist. Die täglichen Mordtaten und anderen Ausschreitungen beweisen, daß das nicht gar so leicht war. Wir sind zwar noch nicht über den Winter ganz hinweg, denn noch liegen die Iden des März vor uns, und die Märztage werden ja auch den Höhepunkt der politischen Kämpfe mit sich bringen. Aber es ist erfreulich, gegenüber all den Befürchtungen, die im Herbst vorigen Jahres ausgesprochen worden sind, feststellen zu dürfen, daß wir das Ende des Monats Februar erreicht haben, ohne daß die hier und da von ängstlichen Gemütern prophezeite Gefährdung des Staatsgefüges eingetreten ist.

Nach einem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform sprach Minister Severing über die Wahl des Reichspräsidenten.

Die preussische Verwaltung wird und darf keine Wahlbeeinflussung treiben. Es muß auch alles vermieden werden,

was nachher mit einem Schein von Berechtigung als ein Grund zur Aufsechtung der Wahl angeführt werden könnte. Nichtsdestoweniger aber ist die Haltung der preussischen Staatsregierung gar klar und eindeutig und muß auch die Stellung der preussischen politischen Beamten bei der Reichspräsidentenwahl klar und eindeutig sein.

Severing spricht dann von der Wahl des Reichspräsidenten und über die Kandidaten der Parteien, besonders scharf gegen die Nationalsozialisten und Kommunisten, die er staatsfeindlich eingestufte Parteien nennt.

Er fährt dann fort: Selbstverständlich soll besonders in der Zeit des Wahlkampfes eine fleißige Handhabung der polizeilichen Befugnisse gegenüber Versammlungen und Pressepolemiken unterbleiben. Das heißt jedoch nicht, Verleumdern in Presse und Versammlungen Freibriefe ausstellen. Ich bitte Sie daher, von der Möglichkeit, Verleumdungen der Reichs- und Staatsregierung in der Presse durch Auflage von Berichtigungen entgegenzutreten, weitgehenden Gebrauch zu machen.

Jede Aufsechtung größerer Art muß auf jeden Fall verhindert werden. Ich werde durch einen Rundschreiben den Ausschank von Branntwein usw. für den 12. und 13. März verbieten. Der Tag der Abstimmung sieht uns alle wachsam und bereit, jeden Versuch der Aufsechtung sofort zu unterbinden.

Ministerpräsident Braun

führt zur Frage der Pressenotverordnung u. a. aus: Er stehe auf dem Standpunkt, daß es weniger auf Zeitungsverbote ankommt, als darauf, auch in der Presse der radikalen Parteien der Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen. Deshalb müßten die Verwaltungsbehörden vom Recht der Notverordnung, in den gegenrätlichen Zeitungen und Erwidern und Nichtigstellungen gegenüber verleumderischen Angriffen zu bringen, ausgiebig Gebrauch machen.

Am Schluß der Aussprache faßte der Innenminister noch einmal das Ergebnis der Konferenz zusammen.

Reichsfinanzminister Dietrich spricht für die Staatspartei.

Die Deutsche Staatspartei eröffnete am Sonntag in Berlin mit einer Rede des Reichsfinanzministers Dietrich den Wahlkampf. Er bezeichnete Hindenburg als den hervorragendsten Deutschen und allein befähigten Mann zur Velleidung des höchsten Amtes. Die Opposition fordere ihn auf, seinen Platz zu räumen, nicht weil er die Verfassung beschworen, sondern weil er sie auch gehalten habe. Eine kommende Rechtsdiktatur würde in einer Unschuldigtat enden; beide seien für das deutsche Volk nicht tragbar. Eine klare Stellungnahme der Nationalsozialisten im Reichstag zu verschiedenen außen- und innenpolitischen Fragen hätte sie eine Menge Wähler gekostet. Sie seien ihr deshalb, wie immer bei solchen Gelegenheiten, ausgewichen.

Kampfblock Schwarz-Weiß-Rot.

Duesterberg spricht in Köln.

In Köln fand eine große Kundgebung des Kampfblockes Schwarz-Weiß-Rot zu den bevorstehenden Präsidentenwahlen statt, in der der Kandidat des Blockes, Oberleutnant a. D. Duesterberg, sprach. In erster Linie und außenpolitischer Notzeit, so führte er u. a. aus, im Zustande militärischer Behrlosigkeit und wirtschaftlich-finanzieller Ohnmacht, steht der Ablauf der Präsidentenwahl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg das gesamte deutsche Volk vor eine schwerwiegende Entscheidung.

Duesterberg gab einen Überblick über den Leidensweg, den Deutschland in den letzten 13 Jahren habe gehen müssen. Scharf kritisierte er, daß nicht wenigstens die geistige Macht des nationalen Gedankens in diesen Jahren gestärkt worden sei. Der Young-Plan sei die bitterste Enttäuschung gewesen. Die Erneuerung der deutschen Wirtschaft auf organischer berufständischer Grundlage scheine der Weg zur Gesundung zu sein. „Juridisch auf Land!“ ist die Parole der kommenden Zeit. Nicht „nationale Binnenvirtschaft oder Weltwirtschaft“, sondern „nationale Binnenvirtschaft und dann Weltwirtschaft“. Wer dem deutschen Arbeiter heute Arbeit und Brot gibt, ist sozial, ohne Deutschlands Befreiung aber gibt es keine Arbeiterbefreiung. In den durch Versailles geschaffenen Ausnahmzeiten müssen Unternehmer und Arbeiter gemeinsam zusammenstehen. Privatbesitz fördert den Fortschritt, Kollektivbesitz tötet die Unternehmungslust. Der Ausgleich muß der Staat schaffen. Nur das Volk, so schloß er, ist verloren, das sich selbst verloren gibt. Deutschland kann nur gerettet werden, wenn es sich selbst rettet.

Beschlüsse der Deutschen Volkspartei.

Die nationalliberale Korrespondenz gibt einen Bericht aus, in dem es u. a. heißt: „Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei trat zu einer Sitzung in Berlin zusammen. Den Bericht über die politische Lage gab der Parteiführer Dinaetden. Die nächste Aufgabe der deutschen

Politik ist die Durchsetzung der Wiederwahl Hindenburgs. Die Deutsche Volkspartei ist für ein loyales Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen und anderen bürgerlichen Parteien, wird aber nicht bereit sein, die weiße Fahne der Kapitulation aufzuziehen. Wo es hinter dem Rücken der Parteileitung versucht worden ist, die eigene Organisation in ein anderes Lager hineinzuführen, wird sie alle Maßnahmen dagegen rücksichtslos treffen.“

Das Bündnis zwischen Deutschnationalen und Stahlhelm.

Um die Harzburger Tagung.

Auf einer deutschnationalen Tagung in Halle erklärte der Reichstagsabgeordnete Schmidt-Hannover:

„Die Bündnisgemeinschaft mit dem Stahlhelm ist nicht nur für die Reichspräsidentenwahl, sondern auch für die kommenden Parlamentswahlen geschlossen worden. Die Deutschnationale Volkspartei setzt sich mit ihrem Propagandaapparat für die Wahl des deutschnationalen Stahlhelmsführers Duesterberg ein. Der Stahlhelm unterstützt die deutschnationalen Listen bei den kommenden Parlamentswahlen. Die Führung der politischen Verhandlungen während des ganzen Ablaufes der Reichspräsidentenwahl liegt in den Händen Dr. Hugenberg.“

Der von Nationalsozialisten neuerdings leider ausgegebenen Parole, daß Harzburg zerbrochen sei, sehen wir das verstärkte Bekenntnis zu den Zielen der Harzburger Tagung entgegen. Die NSDAP weiß, daß ohne und gegen die im schwarz-weiß-roten Block vereinigten Kräfte der Sturz des gegenwärtig herrschenden Systems nicht durchführbar ist.“

Die NSDAP im Berliner Sportpalast.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei eröffnete ihren Wahlkampf für die Reichspräsidentenwahl in Berlin mit zwei Massenversammlungen. Es sprachen zunächst Gauleiter Dr. Goebbels, nachher der Präsidentschaftskandidat Hitler. Er führte u. a. aus: Wenn die Gegner erklären, daß ich jetzt vielleicht Gefahr laufe, zum ersten Male vielleicht wirklich besiegt zu werden, so sage ich: Wer mutig und entschlossen kämpft, wer gewillt und bereit ist, sich einzusetzen, kann überhaupt nicht besiegt werden! Sie alle wissen, daß es sich diesmal um weit mehr handelt als um einen Präsidentschaftskandidaten, daß dieses mal gerungen wird um den Begriff des 9. November 1918 und seiner Folgeredungen, und daß dieser Kampf gar nicht anders ausgehen kann als mit der Vernichtung dieses 9. November. Heute, meine Volksgenossen, fordere ich Sie auf, daß Sie um die Richter werden! Hitler schloß: Wer da glaubt, uns durch Drohungen mirbe zu machen, der täuscht sich! Sie können ruhig mit der Hundepetische drohen — wir werden leben, ob am Ende dieses Kampfes die Petische sich noch in ihren Händen befindet. (Stürmischer Beifall.) Wir haben einst dem Generalfeldmarschall des Weltkrieges gehorcht als dem obersten Kriegsherrn gedient und haben ihn verehrt. Wir wollen, daß sein Name dem deutschen Volke als der Name des Führers des großen Ringens erhalten bleibt. Weil wir das aber wollen und wünschen, sehen wir heute die Pflicht, dem alten Generalfeldmarschall zuzurufen: „Alter Mann, du bist uns zu erinnerungswürdig, als daß wir es dulden könnten, daß sich hinter dich diejenigen stellen, die wir vernichten wollen! So lebe es uns daher tun, du mußt zur Seite treten, denn die anderen wollen den Kampf, und wir wollen ihn auch.“

Ein Brief Hitlers an den Reichspräsidenten.

Der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, hat am Sonntag ein längeres Schreiben an den Reichspräsidenten von Hindenburg gerichtet. Hitler erklärt darin, als Führer der großen Nationalsozialistischen Partei, gezwungen zu sein, die Aufmerksamkeit des Reichspräsidenten auf gewisse Vorkommnisse hinlenken zu müssen. Die Sozialdemokratische Partei, so sagt Hitler, verjuche, das Ausland gegen die freie politische Meinungsentscheidung der deutschen Nation unter Bezugnahme auf ihren Namen mobil zu machen. Ich habe in meinen Äußerungen Ausländern gegenüber nie unterlassen, darauf hinzuweisen, daß jede bisherige deutsche Regierung von wahrhafter und aufrichtiger Friedensliebe befeelt gewesen ist. Versuche, eine unbecommene deutsche Bewegung vor dem Auslande als Unruhefisterin hinzustellen, werde ich, wenn sie unter Hereinziehung Ihres Namens, Herr Reichspräsident, erfolgen und nicht zurückgewiesen werden, von jetzt ab persönlich in der geeigneten Weise zurückzuweisen wissen.

Hitler wendet sich dann scharf gegen die Ansprache des preussischen Innenministers Severing an die preussischen Ober- und Regierungspräsidenten und höheren Beamten hin, in der Severing, laut Pressenachrichten, die Nationalsozialistische Partei als staatsfeindlich hingestellt hat. Er sehe in dem Vorgehen des preussischen Innenministers Severing* einen unzulässigen Druck auf die preussische Verwaltung, ihren Einfluß bei der Wahl in einem für die NSDAP. ungünstigen Sinne geltend zu machen. Er erinnert an den Wunsch des Reichspräsidenten, daß dieser Wahlkampf in ritterlicher Weise geführt werden soll. In diesem Zusammenhang lenkt er die Aufmerksamkeit